

Antrag 135/I/2019**KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Mehrwertsteuer senken – Diskriminierung beenden!**

1 Die SPD fordert ihre Mandatsträger*innen im Bundestag
 2 und ihre Vertreter*innen in der Bundesregierung auf, ei-
 3 ne Senkung der Mehrwertsteuer für Damenhygienearti-
 4 kel, Windeln und Inkontinenzmaterialien auf maximal 7
 5 Prozent durchzusetzen und eine tatsächliche Entlastung
 6 der unteren Einkommen herbeizuführen. Die Unterneh-
 7 men werden aufgefordert, die Mehrwertsteuerersparnis
 8 an die Konsument*innen weiterzugeben.

9

Begründung

11 In Deutschland gibt es zwei unterschiedliche Mehrwert-
 12 steuersätze: Den generellen Satz von 19 Prozent und den
 13 ermäßigten von 7 Prozent. Der ermäßigte Steuersatz gilt
 14 für Grundnahrungsmittel und andere Dinge des täglichen
 15 Bedarfs. Unter „täglichem Bedarf“ werden hierbei neben
 16 beispielsweise Brot und Wasser auch Güter wie Lachska-
 17 viar, Schnittblumen, Sammelmünzen und dekorative Bild-
 18 werke verstanden. Der ermäßigte Steuersatz von 7 Pro-
 19 zent wurde im Jahr 1983 beschlossen, um durch eine Sen-
 20 kung der Steuerlast für Gegenstände des alltäglichen Be-
 21 darfs eine Entlastung der unteren Einkommen herzustellen.

22

23

24 Damenhygieneartikel, also Tampons, Binden und Mens-
 25 truationstassen, fallen nach dieser Einteilung unter die
 26 Kategorie „Luxusartikel“, da sie mit 19 Prozent besteuert
 27 werden.

28 Bei einer derartigen Definition von „Gegenständen des
 29 täglichen Bedarfs“, ist die Wirkung des ermäßigten Steu-
 30 ersatzes nicht gewährleistet.

31

32 Ein teilweiser Erlass der Mehrwertsteuer auf Damen
 33 Hygieneartikel für die körperlich bedingte Monatsblu-
 34 tung würde jeder (zukünftig) menstruierenden Frau in
 35 Deutschland einen Mehrwert bringen. In ihrem ganzen
 36 Leben verwendet Frau zwischen 10.000 und 17.000 Tam-
 37 pons. Dies entspricht einem monetären Wert von etwa
 38 1.200 bis 5.000 Euro.

39

40 Die hohe Besteuerung von Tampons und Binden stellt
 41 zudem eine fiskalische Diskriminierung von Frauen auf-
 42 grund ihres Geschlechts dar, die gegen Art. 3 des Grund-
 43 gesetzes verstößt.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die SPD fordert ihre Mandatsträger*innen im Bundestag
 und ihre Vertreter*innen in der Bundesregierung auf, **in
 dieser Wahlperiode** eine Senkung der Mehrwertsteuer für
 Damenhygieneartikel, Windeln und Inkontinenzmaterialien
 auf maximal 7 Prozent durchzusetzen und eine tatsächliche
 Entlastung der unteren Einkommen herbeizuführen. Die
 Unternehmen werden aufgefordert, die Mehrwertsteuerersparnis
 an die Konsument*innen weiterzugeben.